



Kreismitgliederversammlung DKP München
27. Oktober 2007

Uns verändern,
um die Gesellschaft zu verändern!
Für eine DKP des 21. Jahrhunderts!

Referat: Leo Mayer

Das Referat und hoffentlich auch die Diskussion wird sich mit dem Thema befassen: Wie kann die DKP eine eigenständige und einflussreichere Rolle in den gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen erringen?

Oder anders formuliert:

- § Wie müsste die DKP sein, damit wir als Partei interessant und nützlich wären z.B. für die Aktivist*innen des Streiks bei der Telekom?
- § Wie müsste die DKP sein, damit sich die Aktiven der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm oder die antikapitalistischen Kräfte bei attac in der SKP organisieren?
- § Wie müsste die DKP sein, damit sich mehr SDAJ-ler in der DKP organisieren und in der DKP mitmachen?
- § Welche Schritte müssen/können wir einleiten, um die DKP eingriffsfähiger in betriebliche und gesellschaftliche Konflikte zu machen?
- § Wie müsste die DKP sein, um im marxistischen Umfeld als kreative, interessante Partei wahrgenommen zu werden?

Wir müssen diese Probleme in absehbarer Zeit lösen. Ansonsten wächst die Gefahr, dass wir in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Allgemein gesprochen geht es darum,

- § mit unserer theoretischen Arbeit und
- § mit unserem politischen Handeln

die gesellschaftliche Notwendigkeit und die Nützlichkeit der DKP für die arbeitende Klasse und für die Bewegungen nachzuweisen.

Diese Nützlichkeit ergibt sich

- § zunächst aus einer marxistischen Analyse der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen und der gesellschaftlichen Widersprüche;
- § und zum Anderen aus unserem politischen Handeln, das sich - ausgehend von dieser Analyse - auf die Bearbeitung der gesellschaftlichen Widersprüche bezieht.
Bei diesem politischen Handeln gilt es, sich auf die zentralen Felder der politischen Auseinandersetzung zu konzentrieren.

Gegenwärtig erleben wir Veränderungen und Umbrüche, die die Voraussetzungen für die politische Tätigkeit der DKP verändern.

- § neue Erscheinungen im Globalisierungsprozess, die jedoch nicht das Ende oder den Rückzug der Globalisierung bedeuten, wie verschiedentlich interpretiert wird.
Im Gegenteil: Die Realität ist gekennzeichnet von einem Transnationalisierungsschub der Transnationalen Konzerne, weiterer Öffnung und Deregulierung nationaler Volkswirtschaften,

weiterer Integration der Schwellenländer in die kapitalistische Weltwirtschaft unter Führung der G7, der Einbeziehung Afrikas in den Globalisierungsprozess.

Allerdings ist die unilaterale Politik der USA in eine Krise geraten. Die USA stecken im Treibsand des Krieges im Irak fest; Afghanistan wird zum nächsten Fiasko.

Neue Akteure innerhalb des globalen Kapitalismus beanspruchen größere Mitsprache in Weltpolitik und Weltökonomie (v.a. Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China)

Mit der Folge einer Neugewichtung der Machtverhältnisse innerhalb des imperialistischen Weltsystems und einer verstärkten Tendenzen zu multilateralen Konzeptionen zur Aufrechterhaltung der „Neuen Weltordnung“ des Imperialismus.

§ Es spricht viel dafür, dass der Zyklus neoliberaler Hegemonie seinen Höhepunkt überschritten hat. Aber der herrschende Block reagiert auf die eskalierenden globalen Probleme, die zunehmende Labilität der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Akzeptanzkrise des Neoliberalismus mit wachsender Aggressivität:

1. engere Verzahnung von USA, NATO und EU im „permanenten Krieg“ zur Sicherung der imperialistischen Weltordnung;
(Zum Beispiel wird im EU-Reformvertrag im Artikel 27.3 die Aufrüstungsverpflichtung für die EU-Mitgliedstaaten festgelegt; im Artikel 27.7 wird die NATO als Bezugsrahmen für die EU-Militärpolitik ausdrücklich erwähnt.)
2. „Krieg um Öl“ als Antwort auf die globale Energiekrise;
unsere Antwort:
 - verstärkte Aktivitäten gegen die Sicherheitskonferenz in München;
 - überlegen, ob und wie wir eine europaweite Kampagne für die Auflösung der US-Militärbasen anschieben können.
3. neoliberaler Umbau der sozialen Sicherungssysteme, Deregulierung des Arbeitsmarktes, zunehmende Prekarisierung und Ausbau Niedriglohnsektor (Grünbuch „Flexicurity“), Privatisierung und Deregulierung;
4. Abbau demokratischer Rechte, beschleunigte Schritte in Richtung autoritärer "Sicherheitsstaat" bei Beibehaltung formaler Demokratie;
5. durch die Europäische Union wird die neoliberale Strukturpolitik gegenüber den Staaten Europas durchgesetzt und die neoliberale Hegemonie auf einer transnationalen Ebene institutionell abgesichert; auch gegenüber Staaten, die mit dem Neoliberalismus möglicherweise brechen wollen. (z.B. Lissabon-Strategie, EU-Reformvertrag).

Das fundamental Neue: Es gibt eine „deadline“ zur Lösung der ökologischen Probleme und globaler Verteilungsfragen - und zwar in naher Zukunft!

Die kapitalistische Produktions- und Konsumtionsweise hat eine Größenordnung erreicht, dass die Existenz der menschlichen Gattung gefährdet wird. Die Polarisierung kapitalistische Zentren/Entwicklungsländer wird auf die Spitze getrieben. Zugleich wird die drohende Klimakatastrophe für die Legitimation autoritärer Herrschaftsvarianten genutzt.

Klimawandel und Energiekrise hängen untrennbar mit der sozialen Frage zusammen und werden in absehbarer Zeit gesellschaftliche Krisen und Brüche hervorbringen, die antikapitalistische Lösungen erfordern oder die Welt noch mehr in der Barbarei versinken lassen.

Was bedeutet das für unsere Politik und unsere Alternativvorstellungen?

Wenn wir - und die Linke insgesamt - zu dem Thema Klima / Energie keine überzeugende Alternative erarbeiten, dann wird die Linke noch mehr an den Rand gedrängt werden. Dabei muss jede fortschrittliche Alternative berücksichtigen, dass mehr als 6 Milliarden Menschen mit gleichen Rechten auf diesem Erdball leben.

Zu den Veränderungen, die die Bedingungen für unsere politische Arbeit prägen, zählen auch:

- § Entpolitisierung, Resignation, Angst und anscheinende Alternativlosigkeit sind starke Tendenzen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Lähmend für die Mobilisierung wirkt sich die Erfahrung aus, nichts verändern zu können.

Allerdings werden gerade gegenwärtig mit der Partei „Die Linke“ und ihrer parlamentarischen Präsenz Alternativen zur neoliberalen Politik wieder öffentlich sichtbar gemacht und diskutiert. Die Linkspartei besetzt sowohl tagespolitische als auch strategische Felder, die bisher Monopol der DKP waren bis hin zur Eigentumsfrage – jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung. Jedoch steckt die Linkspartei in einem Glaubwürdigkeitsproblem durch ihr Handeln dort, wo sie an Regierungen beteiligt ist sowie durch ihre vorrangige parlamentarische Orientierung. Wie diese Widersprüche gelöst werden, ist gegenwärtig offen.

Die Formierung der Linkspartei kompliziert momentan die Bedingungen für die Entwicklung der DKP, ist aber tendenziell nützlich für ein politisches Klima, in dem auch antikapitalistische, marxistische Positionen und Alternativen wieder in einem breiteren gesellschaftlichen Umfeld diskutiert werden.

Die Herausforderung besteht darin, die selbstständige Rolle der DKP mit einem eigenen Profil neben Linkspartei viel stärker heraus zu arbeiten. Und dies in solidarischer Zusammenarbeit mit der Linkspartei

- § 2/3 des Parlaments entscheiden in allen wesentlichen Fragen gegen den Willen von 2/3 der Bevölkerung.

§ 80 % sind der Meinung, dass es sozial ungerecht zugeht;

§ 75 % sind gegen weitere Privatisierung;

§ 80 % gegen die Rente mit 67;

§ 75 % gegen den Kriegseinsatz in Afghanistan;

§ eine Mehrheit sympathisierte mit den streikenden Telekom-Beschäftigten und den Lokführern;

§ 40 % der Bevölkerung begreifen sich selbst als „links“

Und das trotz permanenter propagandistischer Berieselung durch die Massenmedien.

Aber die ungelöste Aufgabe: Wie werden aus Meinungen politisch handelnde Menschen? Wie werden aus Mehrheitsmeinungen politisch handelnde Mehrheiten?

Warum ist der Kapitalismus so stabil? In den 70er Jahren war es der steigende Lebensstandard. Heute sind die durch den Kapitalismus hervorgerufenen Katastrophen unübersehbar. Unsicherheit wird zur prägenden Lebenserfahrung. Und trotzdem ist er stabil.

Das sind einige der zentralen Fragen!

Ein paar Schlussfolgerungen:

Wir müssen uns wesentlich stärker bemühen, das theoretische Niveau der Partei auf allen Ebenen - besonders in den Grundorganisationen - zu heben. Marxistische Grundlagen sind unverzichtbar, aber nicht ausreichend.

Es geht darum, die Analysen aus dem Parteiprogramm zu vertiefen und zur Erarbeitung eines Marxismus für die heutige Zeit beizutragen.

Konkret heißt dies: Wir müssen viel genauer

- § die Entwicklung und die Widersprüche der imperialistischen Globalisierung,

- § die aktuellen ökonomischen Krisenpotentiale der kapitalistischen Weltwirtschaft,
- § die Bewegung des strukturbestimmenden Kapitalverhältnisses unserer Zeit, nämlich die Macht und Rolle der Transnationalen Konzerne,
- § die gesellschaftlichen Widersprüche und die Entwicklung der Gegenkräfte

untersuchen und studieren.

Diese Analysen sind nicht Selbstzweck, sondern nur aus dieser konkreten Analyse lässt sich eine überzeugende Kapitalismuskritik, überzeugende Argumentationen und Alternativvorschläge entwickeln.

Im Protokoll von der Versammlung der sozialen Bewegung beim Sozialforum in Deutschland (SFID) in Cottbus heißt es: *„Eine fehlende Theorie der Sozialforumsbewegung wird beklagt. Das Sozialforum sei "Pfleger am Krankenbett des Kapitalismus". Über die Rolle des Staates müsse man neu nachdenken. Die Rolle des Menschen sollte neu bedacht werden.“*

Das SFID soll *„Privatisierung, Klima, Rolle der Konzerne in den Focus nehmen“ .. Die Arbeitsthese "Zerschlagt die Konzerne" sei fraglich. Dennoch sollten die vier großen Konzerne (gemeint sind die Energiekonzerne) ins Blickfeld genommen werden.“*

Durchgängig nimmt in der globalisierungskritischen Bewegung die Diskussion über Fragen der politischen Macht und dem Verhältnis von sozialen Bewegungen und linken Parteien zu.

Das sind doch Chancen für einen Marxismus und eine marxistische Partei, die auf der Höhe der heutigen Zeit sind!

Erarbeitung politischer Strategien

Im Entwurf des Parteivorstandes für das „Arbeitsvorhaben 2008/2009“ heißt es: *„Die Aufgabe der DKP liegt weniger darin, „radikalere und weitergehende Forderungen“ als die anderen Teile der gesellschaftlichen und politischen Linken zu stellen, sondern in der Erarbeitung politischer Strategien zu Entwicklung von Widerstand und der Durchsetzung progressiver Reformen sowie der Förderung der dafür notwendigen Kämpfe. Dabei kann und will die DKP nicht stellvertretend handeln. (...) steht der außerparlamentarische Kampf und die Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen im Zentrum unserer Tätigkeit.“*

Eine Aufgabenstellung! „Erarbeitung politischer Strategien“

Eine Strategie muss Orientierung geben für

- § den Kampf um geistig-kulturelle Hegemonie der Arbeiterbewegung und anderer gesellschaftlicher Bewegungen;
- § den Aufbau von Gegenmacht als den Aufbau und die Organisation von Widerstand der arbeitenden Klasse gegen den Neoliberalismus und die Macht des herrschenden Blockes.

Strategie muss

- § die Interessen und Hoffnungen der arbeitenden Menschen, der Jugend, der Arbeitslosen, Rentner und sozial Ausgegrenzten aufgreifen und realistische Alternativen entwickeln, die deren privaten und beruflichen Leben wieder eine Perspektive geben können.
- § ein System von Übergangsforderungen erarbeiten, d.h. radikaldemokratische/antimonopolistische Reformen gegen die Macht des transnationalen Kapitals.

Kampf um Reformen zur Veränderung der Verhältnisse und der Selbstveränderung der handelnden Menschen

Nahezu alle linken Kräfte treten unter verschiedenen Bezeichnungen für eine Politik progressiver Reformen als Alternative und zur Überwindung des Neoliberalismus ein; bezeichnet als „Politik-

wechsel“, als „neue soziale Idee“ oder als „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“. Trotz großer Gemeinsamkeiten in der Richtung und den Inhalten einer Reformpolitik werden doch die Zielstellungen einer Reformpolitik unterschiedlich beantwortet.

Für uns sind Reformen Teil einer Strategie zur Öffnung eines Weges zum Sozialismus.

Bei dieser Konzeption hängen Reformen mit dem Kampf um Hegemonie, dem Aufbau von Gegenmacht und der Gewinnung der Mehrheit für den Kampf um eine sozialistische Gesellschaft zusammen. Der Kampf um Reformen muss nicht nur zur Verbesserung der Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung und der Erweiterung demokratischer Freiheiten beitragen, sondern auch zur Veränderung der Lebenseinstellungen, der Erwartungen und des Handelns breiter Massen.

Denn mit dem Kampf um Veränderungen sollen sich auch die Handelnden verändern. Es muss ein Politikverständnis der Selbstorganisation entwickelt werden. Politik muss als Lernprozess organisiert werden, der auf die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit und Organisierung zielt. Der Kampf um die Veränderung der Verhältnisse ist nicht zu trennen von der Selbstveränderung der handelnden Menschen.

Dementsprechend müssen Reformen auf die Veränderung der Verhältnisse zielen, aus denen die Interessen der Menschen erwachsen: auf die ökonomische Basis, den institutionellen Überbau und die Kultur. Unsere Alternative darf nicht im Ökonomismus stecken bleiben, sondern muss Ökonomie, Gesellschaft, Politik, Kultur, Alltagsleben umfassen.

In einem langanhaltenden Kampf um strukturelle Reformen sollen die Macht des Kapitals und die Wirkung der Kapitallogik eingedämmt und schrittweise Positionen in der Gesellschaft und auch in Teilen des Staates von den progressiven Kräften besetzt werden. Dieser Kampf verläuft immer noch innerhalb des Kapitalismus, geht aber von der Marx'schen Erkenntnis aus, dass der Kapitalismus sich mit Krisen und Brüchen entwickelt. In diesen Krisen und Umbruchphasen eröffnen sich Möglichkeiten revolutionärer gesellschaftlicher Umwälzungen. Diese Möglichkeit kann jedoch nur in dem Maße zur Realität werden, wie eine organisierte gesellschaftliche und politische Kraft existiert, die bewusst diese Möglichkeit nutzt. Mit dem Kampf um Reformen erarbeiten sich die fortschrittlichen Kräfte politische Handlungsfähigkeit und bereiten sich auf die „Möglichkeit“ vor.

In dieser Konzeption sollen mit Reformen die progressiven Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung befördert werden. Den Kapitalismus zeichnet die *„fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände“* aus. *„Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können.“* Diese Beschreibung der Existenzbedingung des Kapitalismus durch Marx im Manifest wird uns gegenwärtig durch die mit dem neoliberalen, globalen Kapitalismus verbundenen gesellschaftlichen Umwälzungen anschaulich vor Augen geführt.

Nicht das Alte retten, sondern für das Neue vorbereiten

So naheliegend es ist, in diesen Umbruchzeiten das Alte, vermeintlich „Sichere“, retten zu wollen, so sollen fortschrittliche Reformen doch nicht zur Aufrechterhaltung des Alten dienen, sondern für das Neue vorbereiten. Was die ältere und mittlere Generation als die Zerstörung „wohlerworbener Rechte“ und sozialer Besitzstände, als Verschlechterung der sozialen Lage wahrnehmen, erleben jüngere Menschen als die kapitalistische Normalität. Mit dieser kapitalistischen Normalität müssen sich die Kommunisten, müssen sich alle emanzipatorischen Bewegungen auseinandersetzen. Aus ihren Widersprüchen sind die Möglichkeiten für eine revolutionäre Veränderung der Welt zu gewinnen.

Es gilt, in den durch den Neoliberalismus hervorgerufenen Zersetzungen des Alten - wie z.B. der Arbeitsbeziehungen, Traditionen, Sitten, Geschlechterverhältnisse, kurz, der gesamten Arbeits- und Lebensweise, aber auch in der Zersetzung der arbeitenden Klasse und ihrer Neuzusammensetzung - die Ansatzpunkte für progressive Veränderungen zu suchen.

Dies setzt eine genaue Analyse der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise voraus. Ohne einen zeitgemäßen Marxismus lässt sich diese Aufgabe nicht lösen.

alternative Globalisierung

In dieser Logik liegt auch, wenn es im Arbeitsvorhaben heißt:

„Die Wiederherstellung des nationalen „Sozialstaates“ ist aussichtslos und nicht Ziel unseres politischen Handelns. Das bedeutet nicht, dass die DKP nicht alle Kräfte für die Verteidigung sozialstaatlicher Errungenschaften mobilisiert. Globalisierung ist Ausdruck der objektiven Entwicklung der Produktivkräfte. Die DKP bekämpft nicht die Globalisierung, sondern die Deformationen und Zerstörungen, die durch den Kapitalismus verursacht werden. Uns geht es um radikale Kapitalismuskritik und Erarbeitung von Alternativen.“

Nun lässt sich über diese Formulierung trefflich streiten. Aber das Wesentliche ist, dass diese Orientierung davon ausgeht, dass die kapitalistische Globalisierung der sozialstaatlichen Regulierung den Boden entzogen hat. Dass es eben eine ganz bestimmte historische Konstellation – geprägt von den inneren ökonomischen Bedingungen wie auch den äußeren der Systemkonkurrenz – war, auf deren Basis der sozialstaatliche Klassenkompromiss möglich war. Beide Aspekte treffen heute nicht mehr zu

Dazu kommt, dass die alten sozialen Sicherungssysteme den Veränderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses und die zunehmende Prekarisierung nicht mehr genügen.

Dieser Passus ist umstritten und Grund dafür, dass eine Gruppe von PV-Mitgliedern angekündigt hat, dass sie *„einen eigenen Vorschlag für eine Handlungsorientierung einbringen“* werden.

Der Anspruch aus dem Arbeitsvorhaben ist: radikale Kapitalismuskritik zu verbinden mit einer konkreten Politik der Verteidigung sozialer Rechte und der Erarbeitung von Alternativen, die die nationale Beschränktheit überwinden und auf solidarische Vergesellschaftungsformen auf globalem Niveau zielen - oder anders formuliert, eine alternative Globalisierung aufzeigen. Diese Position beinhaltet auch eine klare Abgrenzung gegenüber rechter und nationalistischer Globalisierungskritik. Dabei ist auch deutlich, dass der Weg zu einer anderen Gesellschaft nur über die Umwälzung der Produktionsverhältnisse zu haben ist.

Dies könnte ein spezifisches Merkmal der DKP werden. Insbesondere in einer Situation, wo verschiedene Kräfte der Linken vom Ende der Globalisierung faseln oder den Kapitalismus der 70er Jahre als „goldenes Zeitalter“ verklären und sich die Wiederherstellung des nationalen Sozialstaats auf die Fahnen schreiben.

Aber was heißt das konkret?

Natürlich bildet der Nationalstaat weiterhin einen wesentlichen Bezugsrahmen sozialer und politischer Kämpfe. Die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre zeigen aber auch: die Europäische Union greift immer weitgehender in die Mitgliedsländer ein. Kämpfe auf nationaler Ebene werden nur in dem Maße erfolgreich sein, wie es auch gelingt die Veränderung Europas auf die Tagesordnung zu setzen. Solange auf europäischer Ebene die neoliberale Logik des Wettbewerbs oberste Priorität hat, solange werden die Staaten in einen Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern, die niedrigsten Arbeits- und Sozialkosten, die flexibelste Arbeitskraft usw. getrieben.

Ein anderes Europa ist wiederum eine wesentliche Bedingung für eine Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse.

Die Linke und die sozialen Bewegungen müssen sich viel stärker international vernetzen. In gemeinsamen transnationalen Kämpfen könnten sich die Umrisslinien neuer solidarischer und demokratischer Alternativen der Globalisierung entwickeln

Globale soziale Rechte - Beispiel Mindestlohn

Ein Ansatzpunkt könnte der Kampf um globale soziale Rechte sein. Dieser Kampf bezieht sich auf die völkerrechtlich verbindliche Menschenrechtskonventionen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, wie z.B.

- § das Recht auf Nahrung, d.h. Zugang zu Lebensmittel, Wasser, entlohnter Arbeit, Mindesteinkommen;
- § das Recht auf Zugang zu Gesundheit, d.h. Arbeits- und Lebensbedingungen, die Gesundheit gewährleisten, Einkommen, soziale Sicherheit, gleicher und freier Zugang zu medizinischer Versorgung;
- § das Recht auf Wohnen.

Diese Rechte sind unteilbar und sie sind ein Feld des sozialen und politischen Kampfes. Diese Auseinandersetzung um globale soziale Rechte ist verbunden mit der Verteidigung öffentlichen Eigentums gegen Privatisierung und der Aneignung / Wiederaneignung der zu ihrer Realisierung notwendigen Produktionsmittel.

Die spannende Frage: Kann über den Weg des Kampfes um globale soziale Rechte eine alternatives gesellschaftliches Projekt - ein sozialistisches Projekt, aber ergänzt um individuelle Rechte und um globale Reichweite - eröffnet werden?

Beim SFiD in Cottbus wurde z.B. von Gewerkschaften aus verschiedenen europäischen Ländern und sozialen Bewegungen diskutiert, wie der Kampf um einen Mindestlohn mit den Initiativen für globale soziale Rechte zusammengebracht werden könnte. Übereinstimmung herrschte, dass weltweit um Mindestlöhne gekämpft werden müsse, die in der Höhe von 60 - 65 % des nationalen Durchschnittslohnes liegen. Angeregt wurde, die nationalen Auseinandersetzungen um einen Mindestlohn mit dem Kampf um eine dem entsprechende EU-Richtlinie zu verbinden.

Unübersehbar ist die Notwendigkeit einer besseren Koordination und Einheit zwischen den kommunistischen und linken Parteien. Die DKP ist Teil der Partei der Europäischen Linken. Die EL versteht sich als eine Assoziation europäischer linker Parteien mit dem Ziel, nationale Kämpfe auf europäische Ebene zu heben und umgekehrt, den Kampf um eine anderes Europa auf allen Ebenen - von der europäischen bis zur Kommune und zum Betrieb - zu führen.

Wir, die DKP, sind Teil der EL mit Beobachterstatus. Damit sollten wir offensiver umgehen und genauer überlegen, welchen Wert die EL für die Entwicklung der DKP haben kann. Außerdem sollten wir überlegen und prüfen, ob wir die Entwicklungsmöglichkeiten der DKP und der linken Kräfte insgesamt verbessern können, wenn wir in absehbarer Zeit einen Schritt weitergehen und Mitglied werden.

Theorie der Praxis - raus aus der Zuschauerrolle

Wenn im Referat die Bedeutung der Theorie so betont wird, dann ist aber auch klar, dass es uns als marxistische Partei nicht nur um Analyse und Theorie geht, sondern um eine Theorie der Praxis. Erst im eingreifenden Handeln kann eine marxistische Linke den Herausforderungen begegnen. Wir sind kein Bildungs- und kein Propagandaverein, wir sind keine Glaubensgemeinschaft. Die in der DKP sich organisierenden Menschen verbindet die revolutionäre politische Perspektive.

Dabei können und wollen wir nicht stellvertretend für die arbeitende Klasse handeln. Wir können als DKP auch nicht selbstständig soziale Kämpfe entwickeln. Aber wenn Auseinandersetzungen stattfinden, dann muss die Partei raus aus der Zuschauer- und Kommentatorenrolle. Noch dazu, wo heutzutage betriebliche Konflikte häufig die Dimension prinzipieller gesellschaftlicher Konflikte annehmen.

Die Beispiele Infineon, Streik im öffentlichen Dienst, Kampf gegen „Rente 67“, Streik bei der Telekom zeigen, dass uns das nur ansatzweise gelungen ist.

In diesen Auseinandersetzungen entscheidet sich jedoch, ob die DKP „nützlich“ und „notwendig“ ist.

Partei - Bewegung

Für uns liegt der absolute Schwerpunkt im außerparlamentarischen Kampf. Die zurückliegenden Jahre haben gezeigt, dass sich im heutigen Kapitalismus die außerparlamentarischen Kämpfe weniger im Umfeld von Parteien oder/und organisiert von Parteien entwickeln. Heute drücken sich außerparlamentarische Kämpfe vor allem im Kampf der Bewegungen gegen Krieg und Neoliberalismus und für den Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht aus.

Die DKP versteht sich als Teil der Bewegungen. Das bedeutet auch, dass wir den Anspruch an uns stellen, viel stärker in den Bewegungen mitzuarbeiten.

Im „Arbeitsvorhaben“ heißt es dazu: *„als Teil der Bewegung wirkt die DKP für die Entwicklung der Bewegungen“*

Ausschlaggebend für die Entwicklung von anhaltend wirksamen Widerstand und den Aufbau von Gegenmacht ist die Arbeiterbewegung. Heute wird die Arbeiterbewegung - oft selbst auch in unserem Verständnis - auf die Gewerkschaften reduziert, und damit die Arbeiterbewegung von der kommunistischen Partei getrennt. Arbeiterbewegung ist jedoch mehr. Arbeiterbewegung ist umfassend. Die Arbeiterbewegung ist eine selbstständige gewerkschaftliche, kulturelle und politische Bewegung. Die Kommunisten sind Teil der Arbeiterbewegung.

Dieser Anspruch und dieses Verständnis muss allerdings durch die Praxis errungen werden!

Dieses Verständnis von Arbeiterbewegung verweist uns aber auch darauf, dass es diese Bewegung heute so nicht mehr gibt. Erforderlich ist eine „Wiedergründung“ der Arbeiterbewegung. Diese kann sich nur als internationalistische Bewegung und in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und fortschrittlichen Intellektuellen vollziehen. Die Gewerkschaften sind zwar geschwächt, aber in einer Reihe von Ländern dabei, sich aus der Krise herauszuarbeiten. In den deutschen Gewerkschaften wird gegenwärtig hart um den künftigen Kurs gerungen. Zur Überlebensfrage für die Gewerkschaften wird die Überwindung der Kluft zwischen der jungen Generation und der Arbeiterbewegung; ebenso der Brückenschlag zu den prekär Beschäftigten und die Vernetzung über die Grenzen hinweg.

Die Aufforderung, stärker in den Bewegungen mitzuarbeiten, gilt nicht nur hinsichtlich der Arbeiterbewegung und insbesondere hinsichtlich der Gewerkschaften, sondern auch für die anderen gesellschaftlichen Bewegungen, v.a. Friedensbewegung und globalisierungskritische Bewegung.

Wir sind Teil der Bewegungen und gleichzeitig Partei. Wir müssen gründlicher darüber nachdenken, was dies unter heutigen Bedingungen bedeutet. Auch vor dem Hintergrund, dass in den Bewegungen die Debatte darüber zunimmt, wie die Abschottung der politischen Institutionen gegen den gesellschaftlichen Protest überwunden werden kann.

Häufig wird diese Abschottung nur einfach festgestellt. In unserem Parteiprogramm leisten wir zumindest ansatzweise eine Analyse, wieso dies im heutigen Kapitalismus strukturell so angelegt ist. *„Dies (Anmerkung LM: die neoliberalen Umwälzung) ist mit Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse, mit einer Krise der Nationalstaaten und der bürgerlichen Demokratie verbunden. Der Staat wird zum Verwalter einer Politik, die weitgehend außerhalb seiner Souveränität beschlossen wird. Als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie setzt er immer unverblümt eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit durch. An die Stelle der sozialen Integration tritt die Konfrontation. Der bürgerliche Staat verliert tendenziell seine Fähigkeit zur sozialen und politischen Vermittlung, weil die Basis für eine Organisation stabilerer sozialer Kompromisse, die größere Teile der Gesellschaft einbeziehen, verloren geht. So wird die bürgerliche Demokratie ausgehöhlt und verliert ihren Inhalt. Bei Beibehaltung formaler Demokratie vollzieht sich der Übergang vom „Sozialstaat“ zum autoritären „Sicherheitsstaat“.“*

Wir müssen uns an dieser Debatte mit einer Analyse der Ursachen und möglichen Lösungen beteiligen. Lösungen, die in eine Richtung von grundlegender Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, d.h. der Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch partizipative und direkte Demokratie gehen. Diese Debatte beinhaltet auch das Verhältnis von Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht und politischer Macht, von Bewegungen und politischen Parteien.

Der Übergang der untergeordneten Klassen in führende Klassen - dies zu organisieren ist die historische Aufgabe einer Kommunistischen Partei - kann heute nicht mehr das Werk allein einer politischen Partei sein, sondern kommt einem Netzwerk verschiedener gesellschaftlicher Initiativen, Institutionen und Bewegungen zu, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen betätigen (Gewerkschaften, globalisierungskritische Bewegung, Friedensbewegung, Studenten, Bürgervereine, feministische und Umweltschützer-Gruppen, Vereinigungen von kritischen Experten und Wissenschaftlern).

Einer marxistischen Partei wird vor allem die Aufgabe zufallen, Brücken zu bauen, dazu beizutragen, dass sich diese verschiedenen Bewegungen untereinander verbinden, und gemeinsam mit ihnen das Projekt eines Sozialismus im 21. Jahrhundert zu erarbeiten.

Die DKP muss dazu beitragen, dass die Bewegungen ihre Gemeinsamkeiten suchen. Diese Gemeinsamkeiten liegen weniger in den direkten eigenen Interessen - die sind doch sehr unterschiedlich, wenn wir nur z.B. die Interessen von illegalen Immigranten, Kernbelegschaften transnationaler Konzerne, prekär Beschäftigten, Umweltinitiativen, .. betrachten.

Die Gemeinsamkeit liegt im gemeinsamen Gegner: dem transnationalen Kapital, den Multis!
Wenn wir diese Gemeinsamkeit ins Zentrum rücken, dann werden die verschiedenen Themen zu einer Klassenfrage!

Wenn es die Eigenschaft der Kommunisten ist, in allen Bewegungen die Eigentumsfrage als die Grundfrage der Bewegung hervor zu heben (K. Marx, Manifest), dann muss es die Eigenschaft der DKP sein, die Rolle der Multis als Grundfrage der Bewegungen hervor zu heben.

Dann geht es darum,

- § gegen die Privatisierung der Bahn einen exemplarischen Kampf für die Verteidigung öffentlicher Güter zu führen;
- § mit einer Kampagne für die Enteignung der Energiekonzerne und ihre Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle die Energieversorgung als Schlüsselfrage für Klima/Umwelt, Expansion/Verteilungskriege, Preisdiktat/Profite, ökonomische und politische Macht zu thematisieren.

Die Machtfrage - Wer soll das tun?

Unter dem Strich: Wir stehen vor enormen Herausforderungen und Aufgaben. Da stellt sich die Frage: Mit welchen Kräften? Wer soll das tun? Noch dazu, wo wir, an der Zahl der Mitglieder gemessen, stagnieren.

Und so stellt sich zu diesen Herausforderungen eine zusätzliche, ganz zentrale: Wie und wo können wir aktive Mitkämpfer gewinnen?

Wenn dieses Problem nicht relativ schnell gelöst wird, dann besteht die Gefahr, dass wir in eine existenzielle Krise rutschen. Deshalb müssen alle Gruppenleitungen und Gruppen umgehend die Mitgliedergewinnung organisiert und offensiv angehen. Aber auch eine organisierte Mitgliedergewinnung kann das grundsätzliche Problem nicht lösen. Diese Problem ist nur lösbar, wenn die DKP theoretisch attraktiv wird und nützlich in den politischen und sozialen Kämpfen.

Ungelöst ist das Problem der Integration jugendlicher Mitglieder in die Partei und ihre Strukturen. Die gesamte Partei muss nachdenken und experimentieren,

- § wie jugendliche Mitglieder in die aktive Parteiarbeit und Leitungstätigkeit einbezogen werden können.
- § Wie organisieren und unterstützen wir Tätigkeit der Kommunistinnen und Kommunisten in der SDAJ?

Die Dringlichkeit, diese Probleme zu lösen, wächst. Mit dem Vorschlag für den neuen Kreisvorstand gehen wir einen Schritt in die richtige Richtung.

Wir müssen darüber knobeln, wie wir die marxistische Bildung fördern und Bildungsabende attraktiver und interessanter machen. Mit der Vorbereitung der Bildungsthemen im Kreisvorstand und der Kreisvertreterversammlung sowie mit einer Handreichung für die Gruppen will der Kreisvorstand einen Beitrag leisten. Es gilt aber auch zu überlegen, ob wir nicht auch andere Methoden, als die Traditionelle mit Referat und Diskussion, und andere Mittel zur Bildungsarbeit einsetzen können.

Vor allem muss die theoretische Debatte / Bildungsthemen näher ran an die politischen Auseinandersetzungen (Bsp. Diskussion über Mindestlohn verbinden mit marxistischen Grunderkenntnissen zu Arbeitskraft, Wert, Lohn, Rolle der Arbeit).

Mit den Veranstaltungen in der Reihe „Marxismus im Dialog“ haben wir Kreise weit über die Partei hinaus erreicht. Wir müssen diese Reihe unbedingt wieder aufnehmen.

Und nicht zuletzt: Wie können wir den anstehenden Kommunalwahlkampf für die Stärkung der Linken insgesamt, aber auch für die Profilierung der DKP nutzen?

Die Antworten auf so viele Fragen werden wir nur in der gemeinsamen Debatte und durch die gemeinsame Praxis finden können.